

Arbeitspapier zur Tagung:

Globalisierung als Aufgabe

Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsoptionen der Politik

Expertenkolloquium der Evangelische Akademie Loccum

vom 10. bis 12. Dezember 1999

Dr. Wolfgang Weinz

Globalismus – Vom Kopf auf die Füße

Spätestens mit der Diskussion um das von der OECD initiierte MAI-Abkommen (Multilaterales Investitionsabkommen) im Frühjahr 1998 hat die oftmals gespenstisch anmutende Globalisierungsdiskussion eine andere Qualität bekommen. Bis dahin haben die konservativen Regierungen im Verbund mit den internationalen Finanz- und Handelsorganisationen und den Unternehmerverbänden so getan, als lief die Globalisierung wie eine epochale Naturkatastrophe nicht nur unwiderruflich und unbeeinflussbar ab, sondern sei vollständig entkoppelt von Staat, Gesellschaft und Gewerkschaften.

Nach den Jahren des Reaganismus und Thatcherismus, nach dem Zusammenbruch der UdSSR und des RGW schien der Neoliberalismus seinen unaufhaltsamen Siegeszug fortzusetzen und entsprechend verliefen auch die nationalen Standortdiskussionen. Der erste Durchbruch lag darin, daß die in faktischer Gemeinhaltung durchgeführte Beratung zum MAI öffentlich und das Ausmaß der Zumutungen transparent gemacht wurde. Die Verschiebung der abschließenden Entscheidung und die kritischen Stellungnahmen von Gewerkschaften, NGOs, Parlamenten und Regierungen überall auf der Welt tat ihr übriges. Schließlich verkündete der französische Premierminister im Oktober 1998, daß er zur Frage des internationalen Investitionsabkommens, die OECD für denkbar ungeeignet halte und dafür vielmehr die WTO und IAO der richtige Ort sei. Andere Regierungen folgten dieser Auffassung.

Was läßt sich daraus schließen:

Zunächst, Globalisierung ist kein Naturereignis, sondern ein politisch bewußter und gewollter Prozeß und damit beeinflussbar.

Zweitens, Haupthindernis bei der Beeinflussung dieser Politik sind Regierungen, die sich hinter dem „Unvermeidlichen“ verschanzen, um so ihre Passivität zu legitimieren oder „anonyme Mächte“ und ferne Institutionen für ihre unsoziale Politik verantwortlich zu machen. Damit verbunden ist die Intransparenz und mangelnde demokratische Kontrolle von Weltbürokratien wie dem IWF, der Weltbank und der WTO.

Schließlich, da der globale Prozeß sehr wohl beeinflusst werden kann, ist darüber zu reden, wie die Arbeitsteilung zwischen nationaler und internationaler Ebene, also konkret die politische Arbeit der Gewerkschaften in ihren Ländern und den Internationalen gestaltet sein muß, um effizient und erfolgreich einflussnehmen zu können.

Das setzt voraus, daß der Begriff Globalisierung entzaubert wird und eine realistische und differenzierte Sicht der Dinge Platz greift.

Zunächst, die mit der Globalisierungsdebatte einhergehenden Horrorszenarien der unaufhaltsamen Spirale nach unten, beruhen auf einer Grundhypothese, die grundfalsch ist. Träfe sie zu, würde in der Tat jeder mit dem nackten Überleben noch vereinbare Verzicht an Einkommen und Lebensqualität den Absturz ins Bodenlose nur kurzfristig verzögern. Denn die Konkurrenzfähigkeit von sog. Billiglohnländern beruht schließlich nicht auf absoluten, sondern auf komparativen Vorteilen. Sie gewinnen Weltmarktanteile nicht bei denjenigen Gütern, bei deren Herstellung sie produktiver sind als die alten Industriestaaten, sondern wo der Produktivitätsrückstand geringer ist als in ihrer jeweiligen Volkswirtschaft insgesamt. Komparative Vorteile können deshalb eben nicht durch Lohnzurückhaltung ausgeglichen werden. Die Angstpsychosen dienen einzig dem Zweck, gefügig und verzichtbereit zu machen.

Was den Welthandel betrifft, so gibt es die globale Wirtschaftsintegration im Grunde nur innerhalb der gegenwärtig 29 OECD-Staaten. Hier wird mehr als die Hälfte des Welthandels und der größere Teil des intraindustriellen Handels abgewickelt, von hier kommen 85 Prozent der Investitionen und innerhalb des OECD-Raums werden fast 90 Prozent dieser Direktinvestitionen getätigt. Hier werden auch großteils die Milliardenbeträge der Finanzspekulationen verschoben. 40 Prozent des Welthandels läuft heute konzernintern, also zwischen Unternehmen, die der gleichen Firma gehören. Daraus ergeben sich traumhafte Chancen, den Gewinn in Niedrigsteuergeländern anfallen zu lassen.

Der grenzüberschreitende Handel mit Waren und Dienstleistungen hat zwischen 1979 und 1994 um 134% zugenommen, während der Handel mit Devisen um 833% zulegte und bereits 1996 das 76fache des Weltwarenhandels betrug.

Während also die weltweite Warenmobilität - als OECD- und TNK- Austauschverhältnis - weit davon entfernt ist, eine wirklich globale Dimension zu erreichen, sieht dies bei der Kapitalmobilität schon ganz anders aus. Der IWF schätzt die in den sieben wichtigsten Steueroasen gehorteten Gelder auf über 3000 Mrd. DM. Diese Gelder rotieren über den Globus und mischen mit im großen Spekulationsroulette. Doch weil sie in den Oasen verwaltet werden, sind die Gewinne daraus eben steuerfrei.

Lassen wir einmal die technischen Möglichkeiten der dritten industriellen Revolution, also der sog. Informationsrevolution, beiseite, so sind wir nicht so sehr mit dem „Global Village“ als vielmehr mit der Tatsache konfrontiert, daß zum einen die Einkommensunterschiede innerhalb den OECD-Ländern enorm steigen, ohne befriedigende sozialpolitische Antworten zu finden, während zusätzlich der Rest der Welt - das sind 80% der Menschheit - von der ökonomischen Entwicklung fast völlig ausgeschlossen ist.

Die globalen Konfliktlinien verlaufen nicht zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaat, sondern zwischen ökonomisch einflußreichen und ökonomisch nicht einflußreichen Staaten und Regionen. Und hier liegen auch die Versäumnisse nationaler Politik.

In der Tatsache, daß mit dem Argument der Teilhabe an den Wohlstandssegnungen des Freihandels, die Länder in Mittel- und Osteuropa genauso wie die in Asien, Afrika und Lateinamerika zu völlig untauglichen, absurden und sozialpolitisch gemeingefährlichen Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen von den internationalen Handels- und Finanzorganisationen gezwungen wurden liegt die eigentliche Tragödie dieser Entwicklung.

Würde nämlich der viel gepriesene Freihandel den ärmeren Ländern zugute kommen, dann müßte sich deren Anteil am Weltwarenhandel vergrößert haben. Aber das Gegenteil ist der Fall: Anfang der 90er Jahre lag der Anteil am Welthandel nur noch bei 0,6%, und bis 1995 fiel er weiter auf 0,4%. 1980

betrug der Anteil der 102 ärmsten Länder am Warenaustausch 7,9% der Exporte, 1990 nur noch 1,4%.

Die WTO zwingt die Entwicklungsländer dazu, Einfuhren von exportsubventioniertem Getreide zuzulassen, auch wenn die einheimische Produktion ausreichend ist. Damit erhalten die Bauern im Süden keinen lohnenden Preise mehr für ihre Agrarprodukte. Und schlimmer, mit dem GATT-Vertrag von Marrakesch wechselt das internationale Patentrecht von der Verfahrens- zur Produktorientierung. Das heißt, daß es bei der Monopolstellung einzelner Produkte für die Landwirtschaft zu enormen Preissteigerungen für pharmazeutische Produkte und Saatgut kommen wird.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus dieser Skizze ziehen?

1) Die Debatte um Globalisierung – also die Politik der internationalen Finanz- und Handelsorganisationen - muß zunächst und vor allem auf nationaler Ebene geführt werden. Hier sind die Regelwerke und Hebel, von hier aus läßt sich der Einfluß auf die internationale Entwicklung steuern.

2) Die politische Strategie muß auf die nationalen Regierungen und Parlamente abzielen, die sehr wohl – als zahlende und stimmberechtigte Mitglieder in den internationalen Organisationen – Verantwortung für das tragen, was globale Politik ist.

4) Jede Verhandlung auf der Ebene internationaler Organisationen muß – neben dem Prinzip der Transparenz und demokratischer Beteiligungs- und Entscheidungsstruktur – als Zielsetzung die Integration verpflichtender sozialer Mindeststandards und Prinzipien der ökologischen Nachhaltigkeit beinhalten. Dabei kommt der Frage der Überwachung und Kontrolle der fixierten Standards, an der die Gewerkschaften zu beteiligen sind, eine zentrale Bedeutung zu.

5) Die Kapitalmobilität muß durch politische Beschlüsse so unter Kontrolle gebracht werden, daß ungewünschte – weil sozial wie volkswirtschaftlich gefährliche – Kapitalbewegungen durch (kurzfristige) Spekulationen verhindert werden. Ein diskussionswürdiger Vorschlag ist die Einführung der Tobin-Steuer.

6) Die zentrale Grundlage für die Warenmobilität besteht in den viel zu niedrigen Transportkosten. Um die sozialen und ökologischen Kosten des globalen Verkehrs zu reduzieren und gleichzeitig die Regionalisierung der Produktion und Distribution zu fördern bedarf es der Einführung der Öko-(CO₂/Energie-)Steuer.

7) Da Globalisierung zwingend niedrige Transport- und Energiekosten voraussetzt, liegt die Forderung nach der Re-Regionalisierung der Märkte auf der Hand. Damit können Subventionen und Folgekosten im Energie und Transportbereich abgebaut sowie sozial und ökologische Arbeits- und Lebensformen gefördert werden. Das Produkt muss Auskunft über die ökologischen (Chemie- und Transporteinsatz), sozialen (Qualität der Arbeitsbedingungen, keine Kinderarbeit) und politischen (Menschen- und Gewerkschaftsrechte) Bedingungen seiner Herstellung geben.

8) Schließlich geht es um die Herstellung von Verantwortung als Antwort auf die scheinbare Politiklosigkeit des Globalisierungsprozesses. Dabei spielt die Kooperation mit den Verbrauchern, auf die ja auch die Lebensmittelindustrie und insbesondere die TNKs dringend angewiesen sind, eine entscheidende Rolle.

Dr. Wolfgang Weinz, Strategic Projects Coordinator, IUF
© beim Autor

Genf, den 23.11.99